

1 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

2 Der Bundeskongress möge beschließen:

3

4 **Kein Mensch ist illegal! – Eckpunkte für ein humanes Bleiberecht**

5

6 • Allen Menschen, die in Notsituationen in der Bundesrepublik Deutschland um  
7 Asyl bitten, sei es aufgrund von politischer Verfolgung, Kriegen und Konflikten  
8 oder auch wirtschaftlichem Elend, muss ein uneingeschränktes Bleiberecht  
9 eingeräumt werden.

10

11 • Eine Ausrichtung des Bleiberechts an eine ökonomische Verwertungslogik  
12 lehnen wir strikt ab. Es ist unsere humanitäre Pflicht, alle Menschen in Not  
13 aufzunehmen - unabhängig von ihrem wirtschaftlichen Potenzial.

14

15 • Die von der Bundesregierung geplanten Verschärfungen bei der Abschiebe-  
16 haft sind katastrophal und werden von uns abgelehnt. Stattdessen setzen wir  
17 uns dafür ein, Abschiebungen ein für alle Mal abzuschaffen.

18

19 **Begründung:**

20 Nachdem in den vergangenen Jahren viele tausend Menschen bei dem Versuch, das  
21 europäische Festland zu erreichen, im Mittelmeer ertrunken sind, wurde in vielen  
22 Reden wortreich geschworen, dass sich entsprechende Tragödien nicht wiederholen  
23 dürfen. Doch anstatt Besserungen anzustreben verschlimmerte man die Lage: Das  
24 italienische Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum wurde durch die Operation Tri-  
25 ton ersetzt. Statt Flüchtlinge zu retten, setzte man auf rigorose Grenzüberwachung  
26 durch Frontex. Und so kam es, wie es kommen musste: Auch in diesem Frühjahr ka-  
27 men bei verschiedenen Unglücken wieder viele Flüchtlinge, die auf der Suche nach  
28 einem besseren Leben waren, ums Leben. Allein in einer Woche im April starben  
29 über 1000 Menschen.

30 Infolge dieser neuen Unglücke erkannte die EU vorgeblich, dass nun aber wirklich  
31 etwas passieren müsse. Doch anstatt nach Möglichkeiten zu suchen, legale und si-  
32 chere Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge zu schaffen, machte es sich die EU-  
33 Kommission zum vorrangigen Ziel, Schleuserbanden zu bekämpfen. Die Schleuser-  
34 banden sind zwar tatsächlich häufig skrupellose Geschäftsleute, meistens aber die  
35 einzige Möglichkeit für Flüchtlinge, überhaupt nach Europa zu gelangen, weil es kei-  
36 ne legalen Einreisemöglichkeiten gibt. Um zu verhindern, dass flüchtende Menschen  
37 ihr Leben in die Hände dieser Schleuserbanden legen, bedarf es stattdessen legaler,  
38 gefahrenfreier Zugangswege für Flüchtlinge nach Europa.

39

40 Diese zynische Antwort auf die schrecklichen Vorkommnisse im Mittelmeer wird as-  
41 sistiert durch eine deutsche Bundesregierung, die nicht nur verbal ins gleiche Horn  
42 bläst, sondern auch die eigene Gesetzgebung zum Thema Asyl weiter verschärft und  
43 damit fundamental gegen Artikel 1 des Grundgesetzes und die darin enthaltene  
44 Feststellung, dass die Würde des Menschen unantastbar ist, verstößt, da sie Men-  
45 schen in Not ausgrenzt und ihrem Schicksal selbst überlässt.

46

47 Besonders hervorzuheben ist hier das vom Bundesinnenministerium erarbeitete, vom  
48 Bundeskabinett beschlossene und vom Bundesrat nur marginal veränderte „Gesetz  
49 zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“. Mit diesem  
50 Gesetz sollen in einem Kuhhandel Lockerungen im Bleiberecht gegen eine massive  
51 Ausweitung der Abschiebehaft getauscht werden.

52 Bei genauerem Hinsehen wird schnell deutlich, dass die Lockerungen im Bleiberecht  
53 nur denjenigen Flüchtlingen zu Gute kommen sollen, die sich besonders gut „inte-  
54 griert“ haben und deren ökonomische Verwertbarkeit deshalb besonders hoch ist. So  
55 ist immer wieder zu lesen, dass diejenigen Erwachsenen bleiben dürfen sollen, die  
56 ihren Lebensunterhalt selber bestreiten und so zum wirtschaftlichen Wohlstand  
57 Deutschland beitragen bzw. diejenigen Jugendlichen, bei denen zu erwarten ist, dass  
58 sie ihn in der Zukunft selber bestreiten können. Zudem sollen Berufsausbildungen  
59 besser anerkannt werden, allerdings erst nachdem sich die Flüchtlinge in Bildungs-  
60 maßnahmen von bis zu 18 Monaten bewiesen haben.

61

62 Diese und andere sog. „Bleibeinteressen“ sollen in einem neuen Verfahren zur Be-  
63 stimmung des Bleiberechts gegen sog. Ausweisungsinteressen (wie z.B. die „Nichtko-  
64 operation im Antiterrorkampf“) aufgewogen werden.

65

66 Diesen vermeintlichen Verbesserungen stehen drastische Erweiterungen der Abschie-  
67 behaft entgegen. Um, wie es euphemistisch heißt, die „Aufenthaltsbeendigung durch-  
68 zusetzen“, sollen AsylbewerberInnen in Zukunft wegen einer breiten Palette an Grün-  
69 den in Abschiebehaf genommen werden können. Dazu gehören mit der Täuschung  
70 über die Identität (z.B. durch Vernichtung des Reisepasses), der Nichtkooperation bei  
71 der Identitätsfeststellung, dem Zahlen von „erheblichen Geldbeträgen“ an Schleuser  
72 und dem Verlassen eines anderen EU-Staats vor Abschluss des dortigen Verfahrens,  
73 fast alle Wege, überhaupt bis auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu ge-  
74 langen. Die Gesetzesgrundlage kann also dazu führen, dass große Teile der Asylbe-  
75 werberInnen für ihre illegale Einreise, die legal kaum möglich gewesen wäre, bestraft  
76 und in Haft genommen werden, um so schnell wie möglich abgeschoben werden zu  
77 können.

78

79 Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist allein dieser Gedanke unerträglich!  
80 Unser Ziel ist es auch weiterhin, das Anfang der neunziger Jahre aus Angst vor dem  
81 braunen Mob auch mithilfe einer eingeknickten Sozialdemokratie entkernte Recht auf  
82 Asyl wieder zu einem echten solchen zu machen. Es spielt dabei für uns keine Rolle,  
83 ob ein Mensch vor politischer Verfolgung und Krieg flieht oder vor seiner elenden  
84 ökonomischen Lage, die durch europäische Wirtschaftsinteressen zumeist noch ver-  
85 schlimmert wird. Unter diesem Gesichtspunkt lehnen wir die menschenunwürdige  
86 rechtliche Unterscheidung zwischen Menschen mit „richtigem“ Asylgrund und sog.  
87 „Wirtschaftsflüchtlingen“ strikt ab.

88

89 Die Argumente, das „Boot“ sei „voll“ oder wir könnten „nicht alle aufnehmen, die  
90 kommen“, sind schlicht gelogen. Ein Staat wie der Libanon, ein Nachbarstaat Syriens,  
91 hat auf seine ca. vier Millionen EinwohnerInnen etwa eine Million syrische Flüchtlinge  
92 aufgenommen, also nochmal ein Viertel seiner Bevölkerungszahl. Sein Staatswesen ist  
93 zwar unter Druck, funktioniert aber weiter. Von entsprechenden Dimensionen (umge-

94 rechnet wären das 20 Millionen Flüchtlinge) ist Deutschland, ein wirtschaftlich und  
95 infrastrukturell deutlich besser aufgestelltes Land, noch weit entfernt.

96

97 Europa, und gerade auch Deutschland, muss endlich Verantwortung für sein wirt-  
98 schaftliches und außenpolitisches Handeln übernehmen. Davon abgesehen stünde es  
99 Davon abgesehen stünde es Deutschland gut zu Gesicht, Menschen auch wirklich  
100 menschlich zu behandeln. Hierfür bedarf es zunächst einiger großer Veränderungen  
101 im Bleiberecht.

102

103 Für uns Jusos steht fest: Ein Bleiberecht darf nicht an Kriterien der ökonomischen  
104 Verwertbarkeit ausgerichtet sein. Uns ist bewusst, dass die Debatte um den vermeint-  
105 lichen Fachkräftemangel lediglich eine Scheindiskussion ist und ein Instrument der  
106 ArbeitgeberInnen, um Löhne in Branchen mit hohem Arbeitskräftebedarf und vorwie-  
107 gend gut qualifizierten, aber derzeit schlecht entlohnten ArbeitnehmerInnen weiter-  
108 hin zu drücken. Sicherlich spricht nichts dagegen, die Talente von Flüchtlingen zu  
109 nutzen, um ihnen ein gutes Leben zu ermöglichen. Auf der anderen Seite darf es  
110 aber kein Ausschlusskriterium sein, wenn Menschen weniger gut für den deutschen  
111 Arbeitsmarkt und die deutsche Wirtschaft geeignet sind.

112

113 Stattdessen ist und bleibt das entscheidende Argument die Menschlichkeit. Für uns  
114 sind alle Menschen gleich, egal, woher sie kommen. Wenn Menschen in Not sind  
115 und zu uns kommen, dann müssen wir uns um sie kümmern und ihnen bei uns ein  
116 gutes Leben ermöglichen. Unsere privilegierte Position in Europa und gerade im rei-  
117 chen Deutschland bringt die humanitäre Pflicht mit sich, allen Menschen zu helfen,  
118 die an unsere Tore klopfen.